



**Newsletter des Referats Lateinamerika und Karibik**  
Ausgabe Nr.2/2009 Dezember 2009

[Aktueller Fokus](#) [Regionalprojekt](#) [Projekt Landesbüro](#) [Veranstaltungen](#) [Publikationen](#) [Kurzberichte](#) [Personalia](#)

**Aktueller Fokus**

**Warum gibt es keine gemeinsame Klimapolitik Lateinamerikas?**



Während in europäischen Medien zwischen Oktober und Dezember nahezu täglich über Erwartungen und Rückschritte im Vorfeld des Kopenhagener Klimagipfels berichtet wurde, erwärmt sich die lateinamerikanische Öffentlichkeit nur langsam für das Thema. Dabei wäre eine intensive Auseinandersetzung mit dem Klimawandel und einem neuen internationalen Klimaabkommen für Lateinamerika und die Karibik eigentlich naheliegend: Einerseits drohen Lateinamerika künftig die verheerenden Folgen des Klimawandels schwer zu treffen, andererseits könnte die Region von einem internationalen Klimaabkommen erheblich profitieren. [mehr](#)

**Regionalprojekt**

**Zurück Index**

**Aktiv gegen die Unterwanderung demokratischer Strukturen**



Organisierte Kriminalität bedroht die demokratische Regierbarkeit Lateinamerikas und der Karibik. Drogen-, Waffen-, aber auch Menschenhandel, Raub und Diebstahl in organisiertem Ausmaß sind keine Ausnahmereischeinungen in der Region, sondern vielmehr das zentrale Sicherheitsrisiko. Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) machte es sich daher zur Aufgabe, ein Observatorium gegen organisierte Kriminalität zu gründen. Im März 2009 traf sich die aus 15 Expertinnen und Experten bestehende Beobachtergruppe nun zum ersten Mal in Mexiko. Ihre Aufgabe ist es in einem ersten Schritt Daten über die organisierte Kriminalität und demokratische Regierbarkeit in der Region zu sammeln. Auf Grundlage dieser Analyse sollen in einem zweiten Schritt politische Lösungsstrategien entwickelt werden, um dem Prozess eines Zerfalls demokratischer Strukturen in der Region entgegenzuwirken. [mehr](#)

**Zurück Index**

**Projekt Landesbüro**

**Bolivien: Dezentralisierung als Schlüssel zu mehr Demokratie**



Der Verfassungsprozess in Bolivien kann schon bald Geschichte schreiben. Unter der Regierung Carlos Mesa wurde die Gründung der Verfassungsgebenden Versammlung 2004 auf den Weg gebracht. Ende 2005 wählten die Bolivianerinnen und Bolivianer Evo Morales als ersten Indigenen mit einer absoluten Mehrheit von 54% zum Präsidenten. Er etablierte die Verfassungsgebende Versammlung. Jedoch konnte keine Einigung über einen Verfassungstext erreicht werden, und der Prozess scheiterte Ende 2007. Die Auseinandersetzungen in der Verfassungsgebenden Versammlung sind ein Spiegelbild des Konflikts zwischen den finanzstarken Departements im Osten des Landes (Santa Cruz, Tarija, Beni, Pando) und der Zentralregierung. Ziel der Arbeit der FES in Bolivien ist daher die Förderung eines Dialogs zwischen den Konfliktparteien und die Begleitung des Dezentralisierungsprozesses, um die Vertiefung der Demokratie zu unterstützen. [mehr](#)

**Zurück Index**

■ „Trendwende in Lateinamerika?“ Auswirkungen der Krise auf Lateinamerikas linke Regierungen



In den letzten zehn Jahren erteilten die Wählerinnen und Wähler in den meisten lateinamerikanischen Ländern neoliberalen Regierungen eine Absage. Links-progressive Kräfte kamen mit dem Versprechen an die Macht, die soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen. Heute stehen die progressiven Regierungen angesichts der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise auf dem Prüfstand. Die Rezession lässt politische Handlungsspielräume schrumpfen und stellt die Nachhaltigkeit der progressiven Entwicklungsstrategien in Frage. Im Ende 2009 beginnenden Wahlzyklus wird sich zeigen, ob die Menschen weiterhin auf die progressiven Regierungen vertrauen oder es zu einer Trendwende zugunsten konservativer Kräfte kommt. Vor diesem Hintergrund diskutierte die FES mit lateinamerikanischen Gästen im November 2009 die Folgen der Krise für Lateinamerikas linke Regierungen. [mehr](#)

■ Neue Perspektiven für die lateinamerikanisch-deutsche Gewerkschaftszusammenarbeit



Mit der Jahrtausendwende wurde in Lateinamerika ein politischer Paradigmenwechsel eingeläutet. Daher ist es an der Zeit, eine erste Bilanz aus gewerkschaftlicher Sicht zu ziehen. Was hat sich unter den linken, progressiven Regierungen wirklich verändert? Welche neuen Kooperationsansätze ergeben sich für die lateinamerikanischen und deutschen Gewerkschaften in der gegenwärtigen Situation? Im Rahmen der Fachkonferenz „Lateinamerikanische Entwicklungsprozesse im Wandel – Neue Perspektiven für die lateinamerikanisch-deutsche Gewerkschaftszusammenarbeit“ beschäftigten sich 40 GewerkschaftsvertreterInnen intensiv mit diesen Fragen. [mehr](#)

■ Auswirkungen der organisierten Kriminalität auf demokratische Strukturen



Während die organisierte Kriminalität sich den Veränderungen des globalisierten Marktes angepasst hat und flexibel den Drogen- und Menschenhandel organisiert, sind viele staatliche Institutionen in den betroffenen Ländern nicht in der Lage, diesen Mächtschaften entgegenzuwirken. Die FES lud daher Vertreterinnen und Vertreter aus Lateinamerika und Europa zu einem Dialogforum über die „Auswirkungen der organisierten Kriminalität auf demokratische Strukturen“ nach Brüssel ein. Ziel war es, die gemeinsame Arbeit an multilateralen Lösungsstrategien zu vertiefen. [mehr](#)

■ Progressive Fraktionen im Dialog: Parlamentarischer Austausch zwischen dem Mercosur und der EU



Zu einem der jüngsten Parlamente der Welt zählt das Mercosur-Parlament: Es wurde Ende 2005 gegründet, um dem Anspruch einer vertieften politischen Kooperation im südamerikanischen Integrationsraum *Mercado del Sur* (*Mercosur*) gerecht zu werden. Mit Unterstützung des Büros der FES in Montevideo bildete sich 2007 als erste politische Gruppierung im Parlament eine progressive Fraktion, die Abgeordnete des Mitte-Links-Spektrums aus den vier Mitgliedsländern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay vereint. Auf Einladung der FES reisten im Oktober 2009 drei Koordinatoren der progressiven Fraktion im Mercosur-Parlament nach Brüssel, um vor Ort Einblicke in die Fraktionsarbeit im Europaparlament zu gewinnen. [mehr](#)

■ Nachhaltige Sozial- und Umweltpolitik in Haiti



Haiti ist weltweit eines der Länder, in denen der Teufelskreis von Armut, Umweltzerstörung und daraus folgender Verelendung zu einem politisch destabilisierenden Faktor geworden ist. Durch extensive Abholzung, Erosion und Landübernutzung wird jeder starke Regen zu einer Bedrohung, von den alljährlichen Hurrikans ganz zu schweigen. Die ausgelaugten Böden können die Bevölkerung nicht mehr ernähren, Lebensmittel müssen teuer importiert werden. Die zentrale Herausforderung, vor der das ärmste lateinamerikanische Land steht, lautet: Umwelt- und Sozialpolitik nachhaltig gestalten. Die FES lud daher im November 2009 eine Delegation aus Haiti zum Erfahrungsaustausch über diese Themen nach Deutschland ein. [mehr](#)

■ Nachwuchspolitikerinnen und -politiker der brasilianischen Arbeiterpartei zu Besuch in Deutschland



## ■ Lateinamerikas Klimapolitik – mehr als die Klimapolitik lateinamerikanischer Staaten?



Während in europäischen Medien zwischen Oktober und Dezember nahezu täglich über Erwartungen und Rückschritte im Vorfeld des Kopenhagener Klimagipfels berichtet wurde, erwärmte sich die lateinamerikanische Öffentlichkeit nur langsam für das Thema. Dabei wäre eine intensive Auseinandersetzung mit dem Klimawandel und einem neuen internationalen Klimaabkommen für Lateinamerika und die Karibik eigentlich naheliegend:

Einerseits drohen Lateinamerika künftig die verheerenden Folgen des Klimawandels schwer zu treffen, andererseits könnte die Region von einem internationalen Klimaabkommen erheblich profitieren. Die Region wird als möglicher Vermittler bei der Ausarbeitung eines neuen Klima-Übereinkommens über den Gipfel von Kopenhagen hinaus gehandelt. Wegweisende Strategien der Regierungen Brasiliens und Costa Ricas könnten beispielsweise für andere Länder des Südens wesentlich besser als Vorbild dienen als Konzepte der Industrieländer. Gleichzeitig könnte Lateinamerika von den internationalen Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zur Reduktion der Klimagase erheblich profitieren. Bislang allerdings haben sich lediglich einzelne Länder, allen voran Brasilien, international als wichtige Akteure positioniert. Dabei hätte die Region einiges in die Verhandlungen einzubringen. In Lateinamerika befinden sich fast 40% der weltweiten Tropenwälder. Diese Ökosysteme binden riesige Mengen Kohlenwasserstoff im Boden. Ihre Freisetzung, beispielsweise durch die weitere Abholzung oder Versteppung, belastet das Klima enorm und könnte künftig sämtliche Reduktionsbemühungen in anderen Sektoren hinfällig machen. Die Notwendigkeit, Regenwald- und Umweltschutz für die Länder des Südens attraktiv zu machen, liegt auf der Hand. Finanzielle Kompensationszahlungen der Industrieländer für die Nichtabholzung des Amazonas sind ein mögliches Instrument.

Die Biokapazität der Region ist ebenfalls enorm. Hier ließe sich in den internationalen Klimaverhandlungen ein ökologisches Angebot von globalem Nutzen geltend machen; als Gegenleistung stünden technologische Hilfen bei der Anpassung an den Klimawandel in Aussicht. Es finden sich so herausragende Möglichkeiten eines Nord-Süd-Transfers fernab herkömmlicher Entwicklungszusammenarbeit. Aber bislang nutzt Lateinamerika diesen Verhandlungsvorteil noch zu wenig.

In den internationalen Klimaverhandlungen sind die lateinamerikanischen Staaten - mit Ausnahme des OECD-Mitglieds Mexiko - in der G77 vertreten, einer weit über 100 Länder umfassenden Staatengruppe aus Entwicklungs- und Schwellenländern. Die meisten dieser Länder erkennen inzwischen das Prinzip der gemeinsamen Verantwortung bei der Bekämpfung des Klimawandels an. Dies schließt allerdings eine differenzierte Lastenverteilung zwischen Industriestaaten einerseits und Schwellen- und Entwicklungsländern andererseits ausdrücklich ein. Die G77 stellten im Vorfeld von Kopenhagen vier zentrale Forderungen an ein Post-Kyoto-Abkommen auf:

- Strategien zur Reduktion von Treibhausgasemissionen und zur Anpassung an den Klimawandel erfahren den selben Stellenwert.
- Die Maßnahmen der Entwicklungs- und Schwellenländer sind abhängig von der Unterstützung der Industriestaaten.
- Die internationale Kooperation zur Reduzierung der Klimagase und zur Anpassung an den Klimawandel umfasst Maßnahmen des Technologietransfers, der Finanzierung sowie der Aus- und Fortbildung.

- Die Industriestaaten reduzieren bis 2020 ihre Emissionen gemessen an den Werten des Jahres 1990 um 45%, bis 2050 um 90%.

Abgesehen von diesen zentralen Forderungen spricht die Region allerdings nicht mit einer Stimme. Auch in den internationalen Klimaverhandlungen traten die ideologischen Divergenzen zwischen den lateinamerikanischen Regierungen zuletzt zu Tage. Auf der einen Seite verlangen die Mitgliedsstaaten des boliviarischen Integrationsbündnisses ALBA unter Führung von Venezuelas Präsident Chávez beispielsweise in der Frage eines internationalen Klimaabkommens einen harten Kurs gegenüber den Industriestaaten, während auf der anderen Seite die eher marktorientierten Staaten der Region dies als hinderlich ansehen. Zudem ist das Schmiermittel im Bündnis ALBA das Erdöl; Venezuela und Ecuador sind OPEC-Mitglieder. Die Gruppe der Ölstaaten beharrt darauf, dass die Maßnahmen der Industriestaaten keinen negativen Einfluss auf ihr Wachstum und ihre Entwicklung haben dürfen.

Durch das wenig konzertierte Auftreten in den internationalen Klimaverhandlungen gewinnen die Positionen der beiden großen Schwellenländer Brasilien und Mexiko stark an Bedeutung. Beide Länder legten jüngst nationale Strategien zum Klimawandel vor und sorgten damit weltweit für einiges Aufsehen. Neben den beiden regionalen Schwergewichten haben auch kleinere Länder mit Strategien zum Umweltschutz und Klimawandel auf sich aufmerksam gemacht. Allerdings handelt es sich bislang noch um einzelstaatliche Strategien. Koordinierte klimasensible Energie- und Wirtschaftsstrategien sind noch nicht auf den Weg gebracht. In zahlreichen Ländern der Region werden derzeit allerdings neue Entwicklungsmodelle mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung diskutiert. Wenn es jetzt nicht gelingt, Klimaaspekte in diese Strategien zu integrieren, dann verspielt Lateinamerika eine einmalige Chance. Die Region muss sich intensiv mit ihren entwicklungspolitischen Paradigmen auseinandersetzen, sich neu erfinden. Dieses Schicksal teilt Lateinamerika angesichts der Herausforderungen des Klimawandels mit dem Rest der Welt.

 [Zurück Index](#)

## Der Kampf gegen die Unterwanderung demokratischer Strukturen - Das Observatorium gegen organisierte Kriminalität in Lateinamerika und der Karibik stellt sich auf



Organisierte Kriminalität bedroht die demokratische Regierbarkeit Lateinamerikas und der Karibik. Drogen-, Waffen-, aber auch Menschenhandel in organisiertem Ausmaß sind keine Ausnahmereignisse in der Region, sondern vielmehr das zentrale Sicherheitsrisiko. Traditionelle, zwischenstaatliche Konflikte sind kaum mehr präsent, dafür dominieren interne Konflikte wie zum Beispiel der Kampf um die Herrschaft von Transitroten in Mexiko und der andauernde, durch die Drogenökonomie finanzierte Konflikt in Kolumbien. Die Verwicklung von Vertretern aus Politik, Justiz und Sicherheitskräften sowie anderer Personen des

öffentlichen Lebens bedroht die Demokratie vieler Staaten - auch in Zentralamerika. Nicht selten spricht man von „Narco-Parlamentariern“, die von den Drogenkartellen gekauft werden, um deren Klientelpolitik durchzusetzen und die Verfolgung der illegalen Aktivitäten aufzuhalten. Jedes Jahr werden soziale Aktivisten wie auch Polizisten entführt und ermordet, die der organisierten Kriminalität durch ihr politisches Engagement im Weg stehen oder selbst in illegale Branchen verwickelt sind. Auch Journalisten, die über die Machenschaften der Kartelle berichten und illegale Sachverhalte aufdecken, stehen in der Schusslinie.

Das Regionale Sicherheitsprojekt der FES befasst sich daher mit dem Thema der Auswirkungen der organisierten Kriminalität auf demokratische Strukturen, die sich rasant ausbreiten. Da es sich um ein ständig wandelndes und anpassungsfähiges Phänomen handelt, fehlen Daten und Studien zu Ausmaß und Ausprägung der organisierten Kriminalität in der Region. Die FES machte es sich daher zur Aufgabe, ein Observatorium gegen organisierte Kriminalität in Lateinamerika und der Karibik zu gründen. 15 Expertinnen und Experten trafen sich im März 2009 zum ersten Mal in Mexiko, um solch ein Observatorium ins Leben zu rufen. Aufgabe der Beobachtergruppe ist es, Daten über die organisierte Kriminalität und die demokratische Regierbarkeit in der Region zu sammeln und sogenannte „Landkarten“ der Gewalt zu entwerfen. Auf Grundlage dieser Analyse werden anschließend Politikoptionen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität entwickelt, um dem Prozess eines Zerfalls demokratischer Strukturen in der Region entgegenzuwirken. Dabei werden ganz bewusst Kontakte zwischen unterschiedlichen Akteuren der politischen und wissenschaftlichen Ebene geknüpft, um neue progressive Netzwerke zu schaffen. Dies ist insbesondere wichtig, da in Lateinamerika das Thema Sicherheit historisch durch rechts-konservative Parteien und deren „Politik der harten Hand“ besetzt ist und sozialdemokratische Antworten fehlen.

Die Suche nach alternativen politischen Antworten begleitet das Regionale Sicherheitsprojekt der FES bereits seit 2004. Neben der Analyse der Auswirkungen der organisierten Kriminalität beschäftigt sich das Kompetenzzentrum mit der neuen Geopolitik und den Folgen für die regionale Sicherheit in Lateinamerika und der Karibik. Die Region wird weitgehend von demokratisch gewählten Regierungen geführt, die diesen Fragen mit unterschiedlicher Aufmerksamkeit entgegenzutreten. Eine Gemeinsamkeit der sicherheitspolitischen Strategien der Regierungen ist das zunehmende Streben nach mehr Unabhängigkeit von den USA. Das Bündnis ALBA, gegründet durch die Mitgliedsstaaten der „neuen Linksregierungen“, definiert sich bewusst als Gegenmodell zu Sicherheitsbündnissen der USA und sucht extraregionale Bündnisse mit China, Russland und dem Iran. Nach mehr Unabhängigkeit strebt auch Südamerika. Auf Initiative Brasiliens hat die Union südamerikanischer Staaten (UNASUR) 2008 einen Verteidigungsrat eingerichtet. Die Region verfügt somit über ein sicherheitspolitisches Instrument ähnlich der Afrikanischen Union, das auch zugleich die erste militärische Allianz in Südamerika ist, die explizit keine Beteiligung der Vereinigten Staaten vorsieht.



## Bolivien auf dem Weg zum Präföderalismus



Der Verfassungsprozess in Bolivien kann schon bald Geschichte schreiben. Unter der Regierung Carlos Mesa wurde die Gründung der Verfassungsgebenden Versammlung 2004 auf den Weg gebracht. Ende 2005 wählten die Bolivianerinnen und Bolivianer Evo Morales als ersten Indigenen mit einer absoluten Mehrheit von 54% zum Präsidenten. Er etablierte die Verfassungsgebende Versammlung. Jedoch konnte keine Einigung über einen Verfassungstext erreicht werden, und der Prozess scheiterte Ende 2007.

Die Auseinandersetzungen in der Verfassungsgebenden Versammlung sind ein Spiegelbild des Konflikts zwischen den

finanzstarken Departements im Osten des Landes (Santa Cruz, Tarija, Beni, Pando) und der Zentralregierung. Die Ostdepartements forderten schon seit Jahren ihre Autonomie, da sie die Gewinne aus den Erdgas- und Erdölreserven nicht teilen wollen. Diese Autonomiebestrebungen waren der Regierung ein Dorn im Auge. Als die Konflikte im September 2008 in massiven Gewaltausbrüchen mit mehreren Toten eskalierten, handelten Regierung und Opposition im Parlament endlich einen neuen Verfassungstext aus. Die Verhandlungen konzentrierten sich auf zwei zentrale Elemente: Zum einen auf die Autonomien in den Departements und zum anderen auf die Einbindung indigener Rechte in das demokratische System. Die Verfassung wurde in einem Referendum am 25. Januar 2009 verabschiedet, seit dem 7. Februar ist sie in Kraft. Laut dem entscheidenden Artikel 269 gliedert sich Bolivien nun in Departements, Provinzen, Kommunen und Territorien der indigenen Gemeinschaften („Indígenas originarios campesinos“). Autonomie heißt in diesem Fall die Direktwahl ihrer Autoritäten, die Verwaltung der ökonomischen Ressourcen und die Ausübung legislativer, exekutiver und administrativer Zuständigkeiten. Daraus resultiert eine der größten Herausforderungen: Die Förderung eines Dialogs und die Einführung der Autonomien in den Hochlanddepartements des Westens, die 2006 in einem Referendum dagegen gestimmt hatten. Die Debatte um die Gestaltung der Autonomien in den Hochlanddepartements ist zugleich die Debatte über die nationale Einheit Boliviens.

Ziel der Arbeit der FES in Bolivien ist die Förderung eines Dialogs zwischen den Konfliktparteien und die Begleitung des Dezentralisierungsprozesses, um damit die Vertiefung der Demokratie zu unterstützen. Aus diesem Grund begleitete die FES in Kooperation mit der *Fundación Boliviana para la Democracia Multipartidaria* (FBDM) schon im Jahr 2008 den autonomie- und verfassungsgebenden Prozess mit einer Reihe von Studien, die die Kompatibilität der Autonomiestatuten der Ostdepartements mit dem Verfassungsentwurf von Oruro von 2007 analysierten. Nachdem die aktuelle neue Verfassung im Vergleich zum Entwurf von Oruro etliche Änderungen aufweist, erarbeitete die FES in diesem Jahr eine weitere Studie über die Entwicklung des Autonomieprozesses („Autonomías: se hace camino al andar“). Damit will die FES die Suche nach Antworten auf die zentralen Herausforderungen im Autonomieprozess begleiten: Was sollen die Autonomiestatuten beinhalten? Wie müssen sie konstruiert werden, um mit der neuen Verfassung des Staates kompatibel zu sein?

Zudem entschied sich die FES Bolivien nach Verabschiedung der neuen Verfassung, den Diskussions- und Konzertationsprozess um die Gestaltung der Autonomien politisch wichtiger Departements wie La Paz und Chuquisaca zu begleiten. In La Paz gab die FES zunächst in Kooperation mit dem „Impulskomitee für die departamentale Autonomie“, das sich aus dem Bürgermeisteramt, der Vereinigung der Nachbarschaftsverbände und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammensetzt, zwei Studien in Auftrag: Die eine untersucht die Auswirkungen der wirtschaftlichen Autonomie in den Departements auf die Entwicklung, die zweite den Zusammenhang von Autonomie und der Entwicklung interkultureller

Institutionalität. Diese beiden Aspekte der Autonomie stellen die zwei bedeutendsten Herausforderungen für La Paz dar. Im Fall von Chuquisaca gestaltete die FES den Dialogprozess zwischen verschiedenen Akteuren, wie der Präfektur, indigenen und bäuerlichen Vereinigungen sowie Universitäten, um die lokalen Akteure für die Schlüsselthemen im Autonomieprozess zu sensibilisieren. Ziel der FES ist es, die Kompromissbereitschaft zwischen den Konfliktparteien zu fördern, um so die Erarbeitung von Autonomiestatuten in den Departements voranzutreiben.

 [Zurück Index](#)

## „Trendwende in Lateinamerika?“ Auswirkungen der Krise auf Lateinamerikas linke Regierungen



In den letzten zehn Jahren erteilten die Wählerinnen und Wähler in den meisten lateinamerikanischen Ländern neoliberalen Regierungen eine Absage. Links-progressive Kräfte kamen mit dem Versprechen an die Macht, die soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen. Als Grundlage zur Implementierung alternativer sozial- und wirtschaftspolitischer Konzepte diente ihnen das robuste Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre. Heute stehen die progressiven Regierungen angesichts der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise auf dem Prüfstand.

Die Rezession lässt politische Handlungsspielräume schrumpfen und stellt die Nachhaltigkeit der progressiven Entwicklungsstrategien in Frage. Im Ende 2009 beginnenden Wahlzyklus wird sich zeigen, ob die Wählerinnen und Wähler weiterhin auf die progressiven Regierungen vertrauen oder ob es zu einer Trendwende zugunsten konservativer Kräfte kommt.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen diskutierten auf Einladung der FES deutsche und lateinamerikanische Gäste aus Politik und Wissenschaft die Folgen der Krise für Lateinamerikas linke Regierungen. Was konnten die progressiven Regierungen bisher auf dem Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit erreichen? Nutzen sie die Krise als Chance, oder läutet das weltweite Scheitern des neoliberalen Modells auch in Lateinamerika eine Rückkehr der konservativen Regierungen ein?

In der Diskussion wurde deutlich, dass einige lateinamerikanische Länder weitaus krisenresistenter sind als Europa. Die Finanzkrise traf den Subkontinent kaum, und von der Wirtschaftskrise konnten sich einige Staaten erstaunlich schnell wieder erholen. Vor allem die südamerikanischen Regierungen, die sich schon im Vorfeld der Krise auf alternative Entwicklungswege jenseits des neoliberalen Modells eingestellt hatten und heute kaum mehr wirtschaftlich von den USA abhängen, konnten bei der Bewältigung der Krise Erfolge erzielen. Besonders positiv schneidet beispielsweise Brasilien ab. Die südamerikanische Wirtschaftsmacht rechnet 2010 mit Wachstumsraten von über 5% und Beobachter gehen davon aus, dass die regierende Arbeiterpartei PT gute Chancen hat, die Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr für sich zu entscheiden.

Die Fachtagung zeigte aber auch, dass andere Länder mit weitaus schwerwiegenden Auswirkungen der Krise zu kämpfen haben. So zeichnet sich in den rohstoffexportierenden Andenländern ein anderes Bild: Die sinkenden Rohstoffpreise haben die Staatshaushalte stark in Mitleidenschaft gezogen und die Sozialprogramme unter Finanzierungsdruck gestellt. Eine Entschleunigung der Umsetzung linker Regierungsprojekte und eine damit einhergehende Enttäuschung der Wählerinnen und Wähler könnte die Folge sein.

## Politischer Aufbruch in Lateinamerika – Neue Perspektiven für die lateinamerikanisch-deutsche Gewerkschaftszusammenarbeit



Welche Implikationen hat die lateinamerikanische Linkswende der letzten Dekade für die lateinamerikanisch-deutsche Gewerkschaftszusammenarbeit? Diese Frage war Gegenstand einer gemeinsamen Fachtagung des Deutschen Gewerkschaftsbunds, der IG-Metall und der FES.

Am 13. und 14. Oktober 2009 kamen 40 Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter aus Lateinamerika und Deutschland im Internationalen Haus der FES in Berlin zusammen, um die Politiken der lateinamerikanischen Regierungen des linken Spektrums unter die Lupe zu nehmen: Handelt es sich dabei eher um punktuelle

politische Kurskorrekturen hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit? Oder weisen die neuen Konzepte auch grundlegende Elemente postneoliberaler Entwicklungsmodelle auf? Diskutiert wurde die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Doppelstrategie: Gewerkschaften müssen in den Betrieben stärker werden und gleichzeitig eine umfassende gesellschaftliche Gestaltungsrolle einnehmen. Deutlich wurde in der Diskussion, dass sich die Ausgangslage der deutschen Gewerkschaften in der gegenwärtigen Krise stark von der Situation in Lateinamerika unterscheidet. In den Ländern, in denen die Suche nach Alternativmodellen jenseits des Neoliberalismus schon im letzten Jahrzehnt im Vordergrund stand, sind die Auswirkungen der Krise weniger zu spüren als in Europa.

Ein Höhepunkt der Konferenz war der Besuch von Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der die zentrale Bedeutung der lateinamerikanischen Gewerkschaften als Partner in einer gerechteren Gestaltung der Globalisierung hervorhob.

[Zurück Index](#)

## Europäisch-lateinamerikanischer Dialog über die Auswirkungen der organisierten Kriminalität auf demokratische Strukturen



Eine zentrale Herausforderung für das regionale Sicherheitsprojekt der FES in Lateinamerika und der Karibik ist das sich stetig wandelnde transnationale Problem der organisierten Kriminalität und dessen Auswirkungen auf demokratische Strukturen international zu diskutieren, um gemeinsame Lösungsansätze zu erarbeiten. Im Zuge dieser Arbeitslinie fand die Veranstaltung „The Impact of Organized Crime on Democratic Governance“ Ende September in Brüssel statt:

Politische Entscheidungsträger sowie Wissenschaftler aus Lateinamerika und Europa

diskutierten dort sowohl über die Situation in Drogenanbau- und Transitländern wie Kolumbien und Mexiko als auch über die Herausforderungen, vor denen europäische Staaten wie Italien und Bulgarien stehen, in denen ebenfalls eine Unterwanderung politischer Strukturen voranschreitet.

Während die organisierte Kriminalität sich den Veränderungen des globalisierten Marktes angepasst hat, indem sie nachfrageorientiert und flexibel den Kokainhandel oder auch den Menschenhandel organisiert, sind viele staatliche Institutionen in den betroffenen Ländern nicht in der Lage, diesen Machenschaften entgegenzuwirken. So ist zum Beispiel die Reform mexikanischer Institutionen auf der legislativen Ebene sowie der Sicherheitsapparate bisher nicht ausreichend, um den neuen Gefahren entgegenzutreten. Gleichzeitig ist ein großer Teil der Bevölkerung von der sozialen und ökonomischen Teilhabe ausgeschlossen und sucht Anerkennung und Gewinn in urbanen Gangs und im lukrativen Drogengeschäft. Mafiose Akteure

übernehmen in vielen armen Gegenden Süd- und Zentralamerikas sowie der Karibik (Jamaika, Haiti) Schutzfunktionen des Staates. Viele Beobachter sehen daher in der organisierten Kriminalität einen Rückschritt in feudale Strukturen, die parallel zu modernen Demokratien existieren und letztere zunehmend unterwandern. Korruption, Straflosigkeit und der Handel mit illegalen Gütern - in erster Linie Kokain - ermöglichen derzeit eine Machtzunahme der organisierten Kriminalität in ungekanntem Ausmaß. Nur durch gleichzeitige Strategien auf der sozialen (Integration von jungen marginalisierten Gruppen), der politischen (Reformen von Institutionen und ein politisches Umdenken in Sicherheitsfragen) und der ökonomischen Ebene (Teil-Legalisierung von Kokain, stärkere Kontrolle von Kleinwaffen und Kampf gegen Geldwäsche) kann eine Lösung für dieses komplexe Problem gefunden werden.

 Zurück Index

## Progressive Fraktionen im Dialog: Ein parlamentarischer Austausch zwischen dem Mercosur und der EU



Zu einem der jüngsten Parlamente der Welt zählt das Mercosur-Parlament: Es wurde Ende 2005 gegründet, um dem Anspruch einer vertieften politischen Integration des südamerikanischen Integrationsraums *Mercado del Sur (Mercosur)* gerecht zu werden. Mit Unterstützung durch das Büro der FES in Montevideo bildete sich 2007 als erste politische Gruppierung im Parlament eine progressive Fraktion, die Abgeordnete des Mitte-Links-Spektrums aus den vier Mitgliedsländern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay vereint.

Seit Gründung der progressiven Fraktion im Mercosur-Parlament hat sich ein enger Austausch mit der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament, der Gruppe S&D unter ihrem Vorsitzenden Martin Schulz, entwickelt. Für die Mercosur-Fraktion ergeben sich aus der Zusammenarbeit nicht nur wichtige politische Zugänge in Europa. Sie können auch von der jahrzehntelangen Erfahrung in Brüssel bei der Organisation der Fraktionsarbeit in einem Regionalparlament profitieren. Im November 2008 reisten der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Hoppe und der Berater des Fraktionsvorsitzenden Schulz, Marc Jütten, im Rahmen eines von der FES organisierten Besuchsprogramms in die Region, um die progressive Fraktion im Mercosur-Parlament in organisatorischen Fragen zu beraten.

Anfang Oktober dieses Jahres erfolgte der Gegenbesuch: Auf Einladung der FES und der Gruppe S&D reisten drei Koordinatoren der progressiven Fraktion im Mercosur-Parlament nach Brüssel, um vor Ort Einblicke in die Fraktionsarbeit im Europaparlament zu gewinnen. Im Mittelpunkt des Besuchs standen Gespräche mit den Leiterinnen und Leitern unterschiedlicher Abteilungen des Sekretariats der Gruppe S&D, die die ganze Spannweite der Fraktionsarbeit repräsentieren: Das Themenspektrum reichte von der Pressearbeit über die Finanzverwaltung bis zu den internationalen Beziehungen der S&D-Fraktion. Daneben standen ein Termin mit dem Vorsitzenden Martin Schulz und die Teilnahme an einer Fraktions- sowie einer Plenarsitzung im Europaparlament auf dem Programm.

## Nachhaltige Sozial- und Umweltpolitik: Ein Informationsprogramm für Vertreterinnen und Vertreter der haitianischen Zivilgesellschaft



Haiti ist weltweit eines der Länder, in denen der Teufelskreis von Armut, Umweltzerstörung und daraus folgender Verelendung zu einem politisch destabilisierenden Faktor geworden ist. Durch extensive Abholzung, Erosion und Landübernutzung kann jeder starke Regen Erdbeben auslösen und zu einer Bedrohung werden, von den alljährlichen Hurrikans ganz zu schweigen. Die ausgelaugten Böden können die Bevölkerung nicht mehr ernähren, Lebensmittel müssen teuer importiert werden. Die zentrale Herausforderung in Haiti, lautet: Umwelt- und Sozialpolitik nachhaltig gestalten. Die FES lud daher im November 2009 Vertreterinnen und Vertreter der haitianischen Zivilgesellschaft zum Erfahrungsaustausch über diese Themen nach Deutschland ein.

Haiti ist seit langer Zeit ein Synonym für politisches Chaos. Nachdem der Präsident Jean-Bertrand Aristide im Jahr 2004 das Land verlassen hat, scheint sich die Regierung auf einem vorsichtigen Konsolidierungskurs zu bewegen, der allerdings fragil ist, wie die jüngste Absetzung der Premierministerin Michelle Pierre-Louis zeigt. Aufgrund der politischen Instabilität und dem Ausmaß der Korruption verfolgt die FES bewusst die Strategie, in Haiti die Zivilgesellschaft zu stärken.

Das Besuchsprogramm eröffnete den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Chance, sich mit deutschen Akteuren über die umwelt- und sozialpolitische Rolle der Zivilgesellschaft auszutauschen und internationale Kontakte aufzubauen. Im Mittelpunkt des Besuchsprogramms standen folgende Fragen: Wie funktionieren zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland? Über welche Verfahren und Mechanismen verfügen sie, um auf ihre politischen Forderungen aufmerksam zu machen?

Nicht nur die Rolle der Gewerkschaften in der Gestaltung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, sondern auch die ehrenamtliche Arbeit von Greenpeace in der umweltpolitischen Bildung und in energiepolitischen Debatten waren zentrale Themen des Programms. Auch wenn die Situation in Deutschland kaum vergleichbar mit der derzeitigen Lage ist, in der sich Nichtregierungsorganisationen in Haiti befinden, eröffnete das Besuchsprogramm interessante Diskussionen über mögliche Ansatzpunkte für den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen im ärmsten Land Lateinamerikas.

## Nachwuchspolitikerinnen und -politiker der brasilianischen Arbeiterpartei zu Besuch in Deutschland



Im Mai 2008 konstituierte sich im Rahmen eines Kongresses die Jugendorganisation der brasilianischen Arbeiterpartei PT, die nach etwa einjährigem Bestehen nun sowohl über eine organisatorische Struktur (Vorsitzende, Vorstand, Ausschüsse) als auch über ein Programm ihrer thematischen Prioritäten verfügt. Doch viele Fragen sind noch ungelöst: Wie groß kann die Autonomie der Jugendlichen von ihrer „Mutterpartei“ sein? Welche Strategien haben die Jugendlichen für den Wahlkampf? Wie kann der inhaltliche, internationale Austausch mit anderen sozialdemokratischen Jugendorganisationen gestaltet werden? Um mit Nachwuchspolitikerinnen

und -politikern aus Deutschland über diese Fragen zu diskutieren, lud die FES sechs Vertreterinnen und Vertretern aus dem Bundesvorstand der PT-Jugend (JPT) für eine Woche nach Deutschland ein.

Die FES unterstützte die JPT nicht nur auf ihrem konstituierenden Kongress 2008, sondern bereits lange vorher durch verschiedene thematische Workshops und Planungssitzungen. Wichtig für das Projekt der FES war in dieser ganzen Zeit die permanente Kommunikation mit den JUSOS, die durch den ständigen Austausch und ihrem reichen Erfahrungsschatz eine hilfreiche und letzten Endes entscheidende Unterstützung bei der Gründung der brasilianischen Partiejugend waren. Als noch sehr junge Organisation ist die JPT weiterhin auf inhaltlichen Input und Austausch mit anderen Jugendorganisationen angewiesen.

Der Aufenthalt in Deutschland bot den Jugendlichen aus Brasilien neben politischen Gesprächen mit dem Bundesjugendring, dem SPD-Parteivorstand, Bundestagsabgeordneten und dem Deutschen Gewerkschaftsbund die Möglichkeit zur Teilnahme am jugendpolitischen Sommercamp 2009 der JUSOS. Dort tauschten sich die Jugendlichen nicht nur über politische Strategien zur Mobilisierung von jungen Wählern aus, sondern hatten auch Zeit für ein Gespräch mit dem damaligen SPD-Parteivorsitzenden Franz Müntefering, bei dem der Einsatz gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Mittelpunkt stand.

[Zurück Index](#)

### Ein neues Bündnis für Südamerika - Die argentinische Haltung gegenüber dem südamerikanischen Verteidigungsrat



Die regionale Integration hat in den letzten Jahren in Lateinamerika, aller Rhetorik zum Trotz, nur wenig Fortschritte erzielt. Als bislang letzter Versuch, die regionale Agenda voranzutreiben, ist auf Initiative Brasiliens 2008 die regionale Kooperationsinstanz UNASUR, welche die 12 südamerikanischen Staaten umfasst, gegründet worden. Im Rahmen von UNASUR wurde dann Anfang 2009, ebenfalls auf Betreiben des brasilianischen Staatspräsidenten Luiz Inácio Lula da Silva, der südamerikanische Verteidigungsrat (*Consejo Suramericano de Defensa*) ins Leben gerufen. Diese Gründung sollte und wollte auch

als ein Signal an die USA verstanden werden, dass die Region in Zukunft ihre Verteidigungs- und Militäragenda autonom regeln werde. Um diesen südamerikanischen Verteidigungsrat, der weniger ein Militärpakt wie die Nato, sondern eher ein militärisches Koordinationsinstrument darstellt, ging es bei einer Veranstaltung Ende Oktober 2009, die gemeinsam von dem argentinischen Verteidigungsministerium und der FES in Buenos Aires organisiert wurde. Dabei sollte vor allem die Position Argentiniens gegenüber diesem Gebilde analysiert und diskutiert werden.

In einem Workshop, der vom stellvertretenden Verteidigungsminister geleitet wurde, diskutierten Experten aus den Nachbarländern, mit Vertretern aus dem Verteidigungsministerium, dem Außenministerium, dem Militär, dem Parlament und der Wissenschaft Stand und Perspektiven des Verteidigungsrates. Dabei zeigte sich, dass es durchaus unterschiedliche Sichtweisen in den Nachbarländern gibt. Während in Brasilien eher Optimismus vorherrscht, vertritt die chilenische Expertin eine eher skeptische Haltung. In der Diskussion zur Positionierung Argentiniens überwogen positive Einschätzungen. Als Problem wurden jedoch die unterschiedlichen militärischen Doktrinen in den diversen Ländern gesehen. Im Cono Sur und besonders in Argentinien herrscht eine strikte Trennung zwischen militärischer und öffentlicher Sicherheit - in der Andenregion ist dies nicht der Fall.

[Zurück Index](#)

### Publikationen (in Spanisch oder Portugiesisch)

FES-Webportal "América Latina: respuestas a las Crisis"

<http://www.desafiandolascrisis.org>

Nueva Sociedad: "Drogas en América Latina. Después de la guerra perdida, ¿qué?", Número 222, Julio / Agosto 2009

<http://www.nuso.org/revistaAnterior.php?n=222>

Nueva Sociedad: "Agricultura en América Latina. Entre producción familiar y agrobusiness", Número 223, Septiembre / Octubre 2009

<http://www.nuso.org/revistaActual.php?n=223>

Nacimiento, Evolución y Perspectivas de la Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América (Felix Gerardo Arellano, Ecuador, 2009)

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

América Latina, el cambio climático y la ruta hacia Copenhague (Daniela Quirola, Ecuador, 2009)

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

Las otras caras de la crisis. Los impactos de género en México (FES México, 2009)

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

 Zurück Index

### Publikationen (in Deutsch und Englisch)

Deutsches NUSO-Sonderheft 2009: „Lateinamerika: Krisengründe, Krisenfolgen, Krisenchancen“

[http://www.nuso.org/\\_siteDeutsch/upload/2009/sonderheft2009.php](http://www.nuso.org/_siteDeutsch/upload/2009/sonderheft2009.php)

Dialogue on Globalization – Brennpunkte. Finanzkrise in Kolumbien: Die Ruhe vor dem Sturm? (Mai 2009)

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

Dialogue on Globalization – Brennpunkte. The impact of Organized Crime on Democratic Governance - Focus on Latin America and the Caribbean (September 2009)

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

BRASILINFO: Rendezvous von Nord und Süd: Ein Blick auf die US-amerikanisch-brasilianischen Beziehungen (August 2009)

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

BRASILINFO: Der Wald, das Rind, das Zuckerrohr: Brasilien in der Klimapolitik (Dezember 2009)

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

Gender an der Macht? Über die Bedeutung von Geschlecht in politischen Spitzenpositionen am Beispiel von Deutschland, Chile, Argentinien und Spanien (Elisabet Gerber, Barbara Stiegler, 2009)

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

Panama nach dem Rechtsruck (Mai 2009)

[Kurzbericht herunterladen \(PDF Format\)](#)

Die neue alte Distanz? Wahlen in Mexiko als Spiegel der Krisen (Juni 2009)

[Kurzbericht herunterladen \(PDF Format\)](#)

Zwischenwahlen in Argentinien: Herbe Niederlage für das Regierungslager (Juli 2009)

[Kurzbericht herunterladen \(PDF Format\)](#)

Ein Putsch – ist ein Putsch – ist ein Putsch; Hintergründe des gewaltsamen Umsturzes in Honduras (Juli 2009)

[Kurzbericht herunterladen \(PDF Format\)](#)

Enttäuschte Sieger, jubelnde Verlierer: Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Uruguay (November 2009)

[Kurzbericht herunterladen \(PDF Format\)](#)

Ende der *Concertación*? Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Chile (Dezember 2009)

[Kurzbericht herunterladen \(PDF Format\)](#)

[Zurück Index](#)

## PERSONALIA

**Im zweiten Halbjahr 2009 fanden folgende personelle Veränderungen im Referat Lateinamerika und Karibik statt:**

Einsatzland – ort/Zuständigkeit	Name	seit
Mexiko (Projektleitung)	Dr. Thomas Manz	Oktober
Elternzeit	Dr. Svenja Blanke	Oktober

[Zurück Index](#)

[Newsletter abonnieren](#) | [Abbestellen](#) | [Kontakt](#)

V.i.S.d.P. Dörte Wollrad  
(c) 2009 Referat Lateinamerika und Karibik  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Hiroshimastr. 28  
D-10874 Berlin  
Tel.- (030) 269 35-7483  
Fax- (030) 269 35-9253

Lateinamerika und Karibik

Verantwortlich: [doerte.wollrad@fes.de](mailto:doerte.wollrad@fes.de)



Programmierung und Design: [G-Softsolutions](#)